

Ministerium für Familie, Frauen,
Kultur und Integration
Referat 753

Protokoll

der Sitzung des Landesweiten Runden Tisches (LRT) des Rheinland-pfälzischen Interventionsprojektes gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) am 24. April 2023

Ort: Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration, Raum 600
Zeit: 10.00 – 13.30 Uhr
Leitung: Sarah Rahe
Protokoll: Stephanie Jost

TOP 1: Begrüßung/Eröffnung

Frau Rahe eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gremiumsmitglieder und die anwesenden Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt sind Frau Diehl, Frau Faber, Frau Kislik, Frau Grundmann, Frau Heinen und Frau Meiswinkel.

Erstmalig an einer LRT-Sitzung nehmen teil Herr Wimmel für das Innenministerium als Nachfolger für Herrn Kiy, Frau Sohl (Psychosoziale Beratungs- und Behandlungsstelle für Suchtkranke und Angehörige Caritasverband Worms) für die frauenspezifischen Suchtberatungsstellen als Nachfolgerin für Frau Kriegel, Frau Raab (FH Kaiserslautern) für die Konferenz der Frauenhäuser als Nachfolgerin für Frau Scherff sowie die neue Sprecherin für die Täterarbeit, Frau Jünemann (Pfälzischer Verein für Soziale Rechtspflege Vorderpfalz e.V.) als Nachfolgerin für Herrn Kohlhaas, der die Elternzeitvertretung für Frau Reinhardt als Leiter des Koordinationsbüros für die Täterarbeit übernimmt und in dieser Funktion Mitglied am LRT bleibt.

Als stellvertretendes Mitglied für die frauenspezifischen Suchtberatungsstellen ist Frau Hipp (Jugend- und Suchtberatungsstelle Nidro Speyer) als Nachfolgerin für Frau Reibin-Striezel benannt worden.

Frau Wolf vertritt letztmalig den Fachkreis der Interventionsstellen. Frau Rahe bedankt sich für das Engagement am LRT und ist froh, dass Frau Wolf dem Netzwerk erhalten bleibt. Als Nachfolgerin ist Frau Klug-Mohrhardt (IST Kaiserslautern) heute bereits als Gast anwesend.

Ebenfalls zum letzten Mal vertritt Frau Weickart - vor ihrem Eintritt in den Ruhestand - die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten am LRT. Frau Weickart ist seit den Anfängen von RIGG am LRT sowie in verschiedenen Fachgruppen, zuletzt zur Definition des Gewaltbegriffs, vertreten. Frau Rahe dankt ihr – auch im Namen von Frau Ministerin Binz - für ihr großartiges Engagement.

Die Nachfolge übernimmt Frau Dr. Vera Lanzen (KV Alzey-Worms).

Zum Protokoll der Sitzung am 2. Mai 2022 gibt es keine Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche.

TOP 2: Vorstellung der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP)

Frau Cerman stellt die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz vor. Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

In der anschließenden Aussprache berichtet Frau Cerman von Problemen von Familien mit Migrationshintergrund mit Jugendämtern und Familiengerichten. Dort würden deren Interessen nicht ausreichend berücksichtigt. Die Vertreterinnen der Frauenunterstützungseinrichtungen unterstützen diese Aussage.

Frau Hammes und Frau Eisenbach relativieren diese Aussage und sind der Ansicht, dass dazu keine pauschale Bewertung erfolgen könne und derartige Probleme aus ihren jeweiligen Arbeitszusammenhängen nicht bekannt seien.

Frau Rahe verweist auf die LRT-Fachgruppe „Umgangs- und Sorgerecht“ und spricht sich ebenfalls gegen eine Vorverurteilung aller Jugendämter und Familiengerichte aus. Die Thematik solle im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention gemeinsam problemorientiert angegangen werden. Dabei würden Problemanzeigen ernst genommen und weiterverfolgt. Frau Rahe unterstreicht die gute Zusammenarbeit mit dem Ministerium der Justiz.

Abschließend verweisen die Vertreterinnen der Frauenhäuser und Interventionsstellen auf die Kooperationsbereitschaft der Dachverbände der Frauenunterstützungseinrichtungen mit der AGARP.

TOP 3: Umsetzung der Istanbul-Konvention in Rheinland-Pfalz

Bericht Herr Proß über den Stand der Erarbeitung des Aktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention

- Ausgangspunkt des Erarbeitungsprozesses ist die Analyse, die den Ressorts übermittelt wurde.
- Die Ressorts haben die Handlungsempfehlungen geprüft und Maßnahmen zurückgemeldet, die in den Aktionsplan aufgenommen werden sollen. Idealerweise haben die Ressorts hierbei deren handelnde Akteurinnen und Akteure involviert.
- Parallel dazu wurde der Beteiligungsprozess mit den handelnden Akteurinnen und Akteuren eingeleitet, die sich in Rheinland-Pfalz im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt engagieren.
- In insgesamt vier Veranstaltungen wurden die Ergebnisse der Analyse und das weitere Vorgehen bei der Erarbeitung des Aktionsplans im Februar und März dieses Jahr präsentiert.

- Die Veranstaltungen boten die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Anregungen und Hinweise für die Erarbeitung des Aktionsplans zu geben, die im weiteren Prozess verwendet werden.
- Die Dokumentationen der Veranstaltungen werden in den nächsten Wochen an die Teilnehmenden zur Information versendet.
- Die Ressorts erhalten die Dokumentationen ebenfalls und sollen die für ihren Bereich relevanten Punkte prüfen und ggf. Maßnahmen für den Aktionsplan melden. Auch hier beteiligen sie bestenfalls ihre Akteurinnen und Akteure.
- Die Informationen werden gesammelt und ein erster Entwurf des Aktionsplans erstellt, der mit den Ressorts abgestimmt wird.
- Der Entwurf wird auch einer noch einzuberufenden Gruppe von Expertinnen und Experten präsentiert und gemeinsam diskutiert.
- Die Ergebnisse werden den Ressorts mitgeteilt, dort geprüft und Maßnahmen zurückgemeldet, die dann in den Aktionsplan eingepflegt werden. Es ist empfohlen, dass die Ressorts für die Entscheidung ihre handelnden Akteurinnen und Akteure beteiligen.
- Der Aktionsplan wird dann finalisiert und mit den Ressorts endabgestimmt.
- Es ist vorgesehen, dass der Aktionsplan spätestens 2024 steht.
- Er wird im Ministerrat beschlossen und in einer größeren Veranstaltung bekanntgemacht.
- Die Ressorts setzen dann den Aktionsplan, bestenfalls unter Beteiligung ihrer Akteurinnen und Akteure, um.

Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Proß verweist auf das Positionspapier der Frauennotrufe zur Umsetzung der Istanbul-Konvention mit dem Schwerpunkt sexualisierte Gewalt. Dieses ist dem Protokoll als Anlage beigefügt und wird im weiteren Prozess Berücksichtigung finden.

Auf Nachfrage erläutert Herr Proß, dass die Einsetzung der Gruppe von Expertinnen und Experten erst nach der Erarbeitung des Entwurfs des Aktionsplans erfolgen werde. Die Koordinierungsstelle werde einen Vorschlag zur Zusammensetzung der Gruppe machen und mit ausreichend Vorlauf auf die Akteurinnen und Akteure wegen der Benennung der Mitglieder zukommen.

Die Vertreterinnen des Interventionsverbands schlagen vor, dass die Frauenunterstützungseinrichtungen von den Koordinierungsstellen und je einer Person aus der Praxis vertreten werden.

Auf die Frage von Frau Klug-Mohrhardt zur Perspektive der Betroffenen, erläutert Herr Proß, dass es dazu keine Anschlussstudie geben werde. Denkbar wäre es, die Betroffenen-Perspektive im Rahmen des geplanten Monitorings einzubringen.

TOP 4: Umsetzung des Bundesinvestitionsprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ in Rheinland-Pfalz

Bericht Frau Rahe

- Der Bund fördert seit 2020 Baumaßnahmen zur Verbesserung der Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Unterstützungseinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder.

- Der Bund übernimmt bis zu 90 Prozent der Kosten. Die restlichen 10 Prozent werden von den Trägern, dem Land und/oder durch kommunale Zuschüsse abgedeckt.
- Rheinland-Pfalz hat bisher stark von dem Programm profitiert. Das Antrags- und Bewilligungsverfahren des Bundes stellt sich allerdings für die Träger und Antragstellenden weiterhin als problematisch und sehr aufwändig dar.
- Neben mehreren kleinen Projekten, konnte Ende letzten Jahres mithilfe des Bundesprogramms und Kofinanzierungsmitteln des Landes und der Stadt Trier das Frauenhaus in Trier „gerettet“ werden.
- Vor kurzem kam der Förderbescheid des Bundes für den notwendigen Neubau des Frauenhauses Westerwald. Auch für dieses Projekt werden Landesmittel eingesetzt.
- Auch der Neubau des Frauenhauses Speyer kann mit Bundes- und Landesmitteln und einer Förderung der Stadt sowie Eigenmitteln des Trägers realisiert werden.
- Das Programm endet voraussichtlich im Dezember 2024. Es bleibt zu hoffen, dass noch weitere Projekte in Rheinland-Pfalz, die sich bereits im Förderanfrageprozess befinden, realisiert werden können. Die Länder sind sich einig, dass weiterer Investitionsbedarf besteht und setzen sich gegenüber dem Bund für eine Fortsetzung des Programms ein, so auch auf der diesjährigen GFMK.

Frau Weickart regt an, dass der LRT ein Unterstützungsschreiben auf den Weg geben könnte. Frau Rahe schlägt vor, dass das Fachreferat ein entsprechendes Schreiben vorbereitet, in dem sich der LRT dafür einsetzt, dass im Antragsverfahren befindliche Projekte noch in der Laufzeit des Programms umgesetzt werden.

Die LRT-Mitglieder erklären sich mit dem Vorgehen einverstanden.

TOP 5: Bundeseinheitlicher Rechtsrahmen zur Absicherung des Zugangs zu Schutz und Beratung von gewaltbetroffenen Frauen sowie zur Finanzierung des Hilfesystems

Bericht Frau Rahe

- Ziel ist es, bundesweit den Zugang zu Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt zu verbessern, einen einheitlichen Rechtsrahmen zu schaffen und das Hilfesystem verlässlich finanziell abzusichern.
- Zunächst werden Eckpunkte für einen Gesetzentwurf erarbeitet. Grundlage dafür ist ein Gutachten zu den Kosten des Hilfesystems. Erste Zwischenergebnisse sind bereits angekündigt.
- Das Fachreferat ist in einer Unterarbeitsgruppe vertreten. Dort diskutieren die Länder auf Fachebene über Begriffsdefinitionen und Standards. Es geht dabei sowohl um Einrichtungen zur Unterbringung gewaltbetroffener Frauen und ihrer Kinder als auch um Beratungseinrichtungen.
- Im Juni 2023 befasst sich der bundesweite Runde Tisch mit der Thematik. Ministerin Binz wird an der Sitzung teilnehmen.

Auf Nachfrage versichert Frau Rahe, dass in Rheinland-Pfalz erreichte Standards durch neue bundesgesetzliche Regelungen nicht unterlaufen werden dürfen.

TOP 6: Informationen zu den LRT-Fachgruppen

Definition des Gewaltbegriffs

Bericht Frau Rahe

- Die Polizei hat sich auf Bundesebene auf den bundeseinheitlichen Begriff der „häuslichen Gewalt“ verständigt. Dieser wird künftig für die Arbeit der Polizei in den Ländern in diesem Bereich zugrunde gelegt.
- Das Innenministerium ist an das Fachreferat herangetreten, um gemeinsam zu eruieren, was die Veränderung für RIGG bedeutet und wie wir damit umgehen.
- In der LRT-Sitzung vom Mai 2022 ist dazu eine Fachgruppe eingesetzt worden. Diese hat zuletzt am 6. März 2023 getagt
- Die nächste Sitzung ist für den 11. Mai geplant. Ein Formulierungsvorschlag des Fachreferates soll als Grundlage für die weitere Diskussion dienen.
Anm.: Der Termin musste auf Montag, den 22. Mai 2023 verschoben werden.

Vertrauliche medizinische Versorgung und Spurensicherung nach sexualisierter oder körperlicher Gewalt

Bericht Frau Rahe

- Um das Masernschutzgesetz umsetzen zu können, sind Änderungen am aktuellen Projekt erforderlich.
- Nach Umsetzung des Masernschutzgesetzes kann die vertrauliche Spurensicherung nach sexualisierter und körperlicher Gewalt mit den Krankenkassen abgerechnet werden.
- Dazu wird es Verhandlungen mit den Krankenkassen geben. Aufgrund der Erfahrungen in anderen Bundesländern ist davon auszugehen, dass diese einige Zeit in Anspruch nehmen werden, weil eine Einigung über eine Vielzahl von Details erreicht werden muss.
- Die Fachgruppe wird dazu noch einmal abschließend tagen.
- Weitere Informationen gibt es in der nächsten LRT-Sitzung.
- Ein Dank für die gute Zusammenarbeit geht an das Justiz- und das Innenministerium.

Abschließend erläutert Frau Rahe, dass das neue Projekt in die Fläche gehen soll und möglichst viele Kliniken gewonnen werden sollen. Die Leitung werde bei der Rechtsmedizin der Universitätsmedizin Mainz liegen, die dann auch die Schulungen vornehmen werde. Im Vordergrund stehe die medizinische Versorgung mit der Möglichkeit einer vertraulichen Spurensicherung.

Frau Kretz macht auf die Schließung der Gynäkologie in Ahrweiler aufmerksam. Frau Rahe erklärt, dass die Problematik dem Fachreferat bekannt sei und Gespräche zu der Thematik geplant seien.

Umgangs- und Sorgerecht bei GesB

Bericht Frau Rahe

- Die Situation gestaltet sich seit der letzten Sitzung am 27.10.2021 sehr unbefriedigend.

- Die Unterarbeitsgruppe „Jugendämter“ hat trotz mehrmaliger Aufforderung bisher keinen Beitrag zu einer möglichen Übertragbarkeit des sog. „Münchener Modell“ auf einen Standort in Rheinland-Pfalz geleistet.

Frau Rahe schlägt vor, zu einer neuen Sitzung einzuladen, um die Arbeit der Fachgruppe wiederaufzunehmen und anders zu gestalten als bisher. Auf die Jugendämter werden erneut zugegangen.

Die Mitglieder des LRT erklären sich damit einverstanden.

Frau Eisenbach, Frau Martina und Frau Hammes kündigen an, zukünftig an den Sitzungen der Fachgruppe teilzunehmen.

TOP 7: Zusammenarbeit am LRT

In der Diskussion wünschen sich die LRT-Mitglieder zukünftig einen themenorientierten Dialog, in den die Mitglieder ihre unterschiedlichen Expertisen und Sichtweisen einbringen können. Es soll mehr Verbindlichkeit geschaffen werden durch die Fassung von Beschlüssen und Empfehlungen. Es besteht weiterhin der Wunsch, nach mehr Transparenz im Hinblick auf die einzelnen LRT-Mitglieder und die Hintergründe ihrer Mitgliedschaft.

Der LRT spricht sich dafür aus künftig selbst Themen zu erarbeiten, vertrauensvoll zu beraten und beschlussorientiert zu bearbeiten. Dabei soll immer gemeinsam beschlossen werden, welches Thema in der nächsten Sitzung behandelt wird.

In der nächsten Sitzung soll ein Anfang mit der Sammlung von Themen für den LRT gemacht werden. Als Methode oder Format soll ein „Themenspeicher“ oder „World-Café“ genutzt werden.

TOP 8: Berichte und Informationen/Sonstiges

Informationen aus dem MFFKI

Kinder-Interventionsstellen

Neben der bereits bestehenden Kinder-Interventionsstelle in Koblenz, konnten im Herbst 2022 drei weitere in Mainz, Betzdorf/Neuwied und Ludwigshafen eingerichtet werden, die mittlerweile ihre Arbeit aufgenommen haben.

Modellprojekt Second-Stage

Im Herbst 2022 konnten die ersten beiden Modellstandorte in Trier und Koblenz an den Start gehen, im März 2023 sind die Standorte Frankenthal und Landau dazugekommen, 2024 starten Mainz und Donnersbergkreis in Kooperation mit der Stadt Alzey.

19. Frauenhaus

Im Haushalt 2024 stehen Landesmittel zur Förderung eines weiteren Frauenhauses bereit. Zurzeit läuft ein Interessenbekundungsverfahren in der Region „Eifel“. Bis zum

1. Juni 2023 können sich potentielle Träger für die Trägerschaft des neuen Frauenhauses bewerben.

Hochrisikomanagement

Sowohl von Seiten der Polizei als auch von den Interventionsstellen war der Bedarf nach einer erneuten Fortbildungsreihe geäußert und entsprechend für 2021 geplant worden. Pandemiebedingt sind die Fortbildungen auf 2022 verschoben worden und fanden nun vom 11. bis 19. Juli 2022 an den Standorten der fünf Polizeipräsidien statt. Die Veranstaltungen sind auf positive Resonanz bei den Akteurinnen und Akteuren gestoßen.

Besuch beim Pfälzischen Verein für soz. Rechtspflege in Landau:

Da die Umsetzung des Hochrisikomanagements in Landau schon lange als besonderes Erfolgsmodell gilt, hat sich das Fachreferat das Konzept kürzlich vor Ort angeschaut. Dort wurden einige Aspekte dargestellt, die als BestPractice-Beispiele am LRT vorgestellt und auch an die Regionalen Runden Tische weitergegeben werden sollen. Es ist geplant, eine LRT-Sitzung speziell zu diesem Thema durchzuführen und dazu auch die zuständige Staatsanwältin und eine Trägervertretung aus Landau einzuladen.

GesB-Fachtagung

Die nächste GesB-Fachtagung findet am 14. November 2023 zum Thema „Täterperspektive“ statt. Es ist geplant, dass dabei auch vormalige Täter zu Wort kommen sollen. Die für die Organisation verantwortlichen Ministerien nehmen gerne Hinweise auf entsprechende Personen entgegen, die bereit wären auf der Veranstaltung zu sprechen.

Ausblick: nächste LRT-Sitzung

Die nächste Sitzung ist für den Herbst 2023 geplant.

Thema: Zusammenarbeit am LRT/Themensammlung

Die Vorstellung der Arbeit des Interventionszentrums gegen häusliche Gewalt des Pfälzischen Vereins für soziale Rechtspflege Südpfalz wird in einer späteren Sitzung erfolgen.

Informationen aus dem LRT

Fachkräfteportal „Sicher aufwachsen“

Frau Wolf verweist auf das neue online Fachkräfteportal sicher-aufwachsen.org. Das Fachkräfteportal ist ein Projekt von Frauenhauskoordinierung e.V. und bietet Impulse, Praxisbeispiele und Methoden, um Fachkräfte zu unterstützen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, die von Partnerschaftsgewalt mitbetroffen sind.

Link zur Startseite: <https://sicher-aufwachsen.org/>